



N I E D E R S C H R I F T

**über die 23. Sitzung in der IX. Wahlperiode
des Schul-, Familien- und Sozialausschusses des Rates der Stadt Salzkotten
am 12.06.2019 im Sitzungssaal des Rathauses, Marktstraße 8**

T A G E S O R D N U N G

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP: 1	Vorstellung Sozialraumberatung in Wohnortnähe im Kontext Alter und Pflege im Sozialraum Salzkotten	0080/19
TOP: 2	Evaluation der Schulsozialarbeit an Grundschulen im Schuljahr 2018/2019	0081/19
TOP: 3	Anfrage der Fraktion "Die Linke" zum digitalen Lernen und Digitalpaket	0082/19
TOP: 4	Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zum Sachstand Schulsozialarbeit an Grundschulen	0088/19
TOP: 5	Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zum Sachstand "Netzwerk Integration"	0089/19
TOP: 6	Antrag der "CDU Fraktion" auf einen Sachstandsbericht der offenen Ganztagschule bzw. betreuten Grundschule einschließlich notwendiger Maßnahmen außerhalb der Grundschule Salzkotten	0090/19
TOP: 7	Mitteilungen / Anfragen	

Anwesenheitsliste

**über die 23. Sitzung in der IX. Wahlperiode
des Schul-, Familien- und Sozialausschusses des Rates der Stadt Salzkotten
am 12.06.2019 im Sitzungssaal des Rathauses, Marktstraße 8**

Anwesend:

Menke, Norbert (Ausschussvorsitzender)
 Weißenborn, Ulrike (stellv. Ausschussvorsitzende)
 Flottmeier, Theodor
 Goßen, Christian
 Hundt, Petra
 Kesternich, Brigitte Vertr. für Hoffmann, Andreas
 Keuper, Elisabeth Vertr. für Stracke, Annette
 Krause, Diethelm
 Mäcker, Lothar
 Niggemeier, Heinrich
 Ruprecht, Andreas
 Spranke, Lothar
 Stein, Gabor
 Strunz, Marietheres
 Weidlich, Barbara
 Weitkamp, Paul-Heinz Vertr. für Nicolao, Holger
 Antolino, Salvatore
 Kaiser, Hubertus
 Lindenblatt, Johanna
 Dr. Nolte, Doris
 Scherf, Rene ab 18:07 Uhr ab TOP 1

Entschuldigt fehlen:

Hoffmann, Andreas
 Nicolao, Holger
 Stracke, Annette
 Pfarrer Beisler, Martin
 Engelhardt, Wilhelmine
 Pfarrer Sommer, Olaf

Von der Verwaltung:

Meschede, Lisa FBL Bildung & Soziales
 Eich, Josef PV FB Bildung & Soziales
 Kieroth, Michaela SB Bildung & Soziales,
 Schriftführerin

Außerdem anwesend:

Ruhose, Rudi Stadtjugendpfleger,
 Jube Simonschule

 Siemens, Vladimir Caritas Verband im De
 kanant Büren e.V., Flücht
 lingsberatung Salzkotten

 Neumann, Stephanie Caritas Büren
 Ricke, Frank Kreis Paderborn

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:52 Uhr

Ausschussvorsitzender Norbert Menke hat zur heutigen 23. Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und begrüßt zu Beginn der Sitzung die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuschauer. Ausschussvorsitzender Norbert Menke eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Es wurde Folgendes beraten und beschlossen:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu TOP: 1 Vorstellung Sozialraumberatung in Wohnortnähe im Kontext Alter und Pflege im Sozialraum Salzkotten

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt AV Menke Frau Neumann, Caritas Büren und Herrn Ricke, Kreis Paderborn. Anschließend erteilt er Frau Neumann das Wort.

Mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation erläutert Frau Neumann die niederschwellige Beratung / Sozialraumberatung sowie die Koordination und Vernetzung im Sozialraum im Kontext Alter und Pflege. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

AV Menke bedankt sich für die Ausführungen von Frau Neumann und Herrn Ricke. Er übergibt das Wort an Stellv. AM Weitkamp.

Stellv. AM Weitkamp fragt an, wie die große Trägervielfalt vor Ort durchschaut werden könne. Er möchte wissen, ob ebenfalls eine Vorberatung über private Angebote gegeben werden könne. Des Weiteren äußert er, dass eine Bestandsanalyse durchgeführt werden müsse, um gegebenenfalls Versorgungslücken aufzuzeigen. Er möchte wissen, wie die 0,16 % Stellenanteile für Koordination und Netzwerkarbeit und die 0,21 % für Sozialraumberatung Salzkotten bewertet werden können.

Frau Neumann erläutert, dass die Beratung trägerunabhängig erfolge, Die Stellenanteile wurden über den gesamten Kreis verteilt. Es ist rein zufällig, dass in Salzkotten die Caritas Büren die Aufgabe übernommen habe. In Lichtenau ist die AWO, in der Stadt Paderborn sind mehrere Institutionen eingebunden. Das Ziel sei, sowohl über kirchliche und private Angebote und über Angebote der Vereine und Institutionen zu informieren. Zur Hilfestellung würden die Daten der Bestandsanalyse in eine Datenbank übertragen. Momentan sind mangels der geringen Rückmeldung nur wenige Angebote in der Datenbank erfasst. Zurzeit findet eine weitere Bestandsabfrage statt. Von vormals 6 Angeboten sind bis heute 34 Angebote hinterlegt. Die Bestandsabfrage sei noch nicht abgeschlossen und die Zahl der Angebote wächst weiter. Bezüglich der Verteilung der Stellenanteile beträgt die wöchentliche Stundenzahl ca. 10 Arbeitsstunden für Sozialraumtätigkeit. Darin enthalten seien die Sprechstunden, die Datenerhebung und Treffen/Austausch mit Kollegen. Das Projekt laufe bis zum 31.12.2022.

AV Menke erteilt AM Krause das Wort.

AM Krause führt aus, dass der KreisSportBund Paderborn über LSB NRW ebenfalls eine halbe Kraft bis Ende 2022 einsetze. Diese sei für das Programm „Älter werden in NRW“ zuständig.

AM Hundt führt aus, dass sie noch mal auf die Äußerungen von Stellv. AM Weitkamp zurückkomme. Sie sagt, vorrangig müsse eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Eine Analyse der Angebote in der Stadt und den Ortsteilen sei notwendig, um feststellen zu können, wo etwas fehlt, wo große Lücken seien, wo Hilfe durchs Ehrenamt oder der Nachbarschaft ausgebaut werden könne. Sozialräume müssen definiert werden. Sie stellt fest, dass mit den wenigen Stunden der Aufbau schwierig sei und fragt, wie das geleistet werden könne.

Stellv. AM Keuper führt aus, dass sie bereits seit vielen Jahren älteren Menschen gratuliere. Sie kenne die Situation gut. Viele Menschen interessieren sich erst, wenn man betroffen sei. Wenn etwas passiert, dann müsse die Hilfe schnell gefunden werden. Wenn die Tür einmal geöffnet sei, dann funktioniere es gut. Jeden Monat kämen neue Menschen dazu, die Hilfe benötigen. Die Hemmschwelle müsse abgebaut werden. Was plane man, um die Bekanntheit der Angebote zu erhöhen?

Frau Neumann antwortet, sie gebe Frau Keuper Recht. Man beschäftige sich erst mit der Thematik, wenn man selbst betroffen sei. Meistens erfolge die Kontaktaufnahme über Angehörige und Nachbarn. Oft werden Fragen gestellt, ob sie nicht jemanden vermitteln könne, der diese oder jene Aufgaben übernehmen könne. Sie erhalte aber ebenfalls Anfragen von Ehrenamtlichen, die gerade in den Ruhestand gegangen seien, ob sie nicht für ein- oder zweimal die Woche jemanden benötige, der unterstützende Aufgaben übernehme. So versuche sie die Nachfrage mit den Angeboten in Verbindung zu bringen.

Sie sagt, es sei sehr wichtig die Hemmschwelle abzubauen. Es seien bereits Berichte im Sälzer TV und in Zeitungen erschienen, um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen.

AM Krause führt aus, dass er zur Wortmeldung von AM Hundt ergänzen möchte, dass die Bestandsaufnahme sehr zeitaufwendig sei, da der Kreis Paderborn sehr groß sei. Die Basisarbeit müsse aber zuerst erledigt werden um die Bedarfe zu ermitteln. Man solle alle Multiplikatoren auch in den Ortsteilen nutzen um den Bekanntheitsgrad zu steigern.

Stellv. AM Weitkamp bittet darum, einen erneuten Bericht in einem halben oder einem Jahr zu erhalten um die Ergebnisse der Bestandsaufnahme mitzuteilen.

AM Rupprecht weist daraufhin, dass die Bestandsaufnahme noch bis zum 30.06.2019 laufe.

Frau Neumann führt aus, dass seit dem 01.06.2019 gezielt die Bestandsaufnahme wieder aufgenommen wurde und eine Steigerung von 6 Angeboten auf 34 Angebote vorliege.

AM Rupprecht sagt, es sei keine Kritik gewesen. Sondern er unterstütze die Aussage von AM Krause, dass alle Multiplikatoren genutzt werden sollen. Er fragt an, wie die Ausschusssmitglieder helfen können.

Frau Neumann erwidert, sie würde sich wünschen, wenn alle die Angebote nach außen tragen würden.

Stellv. AV Weißenborn stellt fest, dass es wichtig sei, dass man sich auf den Weg gemacht habe. Es sei gut, dass die Angebote angenommen würden. Des Weiteren sagt sie, es sei gut, sich dem Aufbau einer Datenbank zu widmen um Doppelstrukturen zu vermeiden. Man habe sich 2018 auf den Weg gemacht und in dieser kurzen Zeit schon viel erreicht.

Stellv. AM Keuper merkt an, dass sie gerne einige Flyer hätte. Sie würde diese gerne mit zu den Gratulationsterminen nehmen und gezielt den älteren Personen aushändigen.

Frau Neumann bedankt sich für das Angebot.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich AV Menke für den Bericht.

Zu TOP: 2 Evaluation der Schulsozialarbeit an Grundschulen im Schuljahr 2018/2019

AV Menke eröffnet den Tagesordnungspunkt 2.

AM Hundt bittet darum, die Tagungsordnungspunkte 2 und 4 zusammenzulegen.

AV Menke fragt die Ausschusssmitglieder, ob Einwände bestehen. Da keine Einwände vorliegen, werden die beiden Tagungsordnungspunkte zusammengelegt. AV Menke erläutert, dass Frau Zumdick heute nicht an der Sitzung teilnehmen könne und erteilt Herrn Stadtjugendpfleger Ruhose, Jugendbegegnungszentrum Simonschule, das Wort.

Herr Ruhose teilt mit, dass Frau Zumdick sich heute entschuldigen ließe. Sie habe einen offiziellen Bericht vorbereitet. Der Bericht läge als Tischvorlage vor. In seinen Ausführungen erläutert Herr Ruhose, dass der Bericht Aufschluss über die aktuelle Situation, die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Zusammenarbeit/Vernetzung zwischen Schulsozialarbeit, Jugendbegegnungszentrum und weitere Institutionen gebe.

Er führt aus, wie die anfängliche Situation zu Beginn Sommer 2018 gewesen sei. Weiterhin erläutert er, dass die wöchentlich zur Verfügung gestellten Stunden variabel verteilt seien und nach Bedarf an der Grundschule in der Kernstadt sowie in den Ortsteilen eingesetzt würden.

AV Menke bedankt sich bei Herrn Ruhose für den Vortrag und stellt fest, dass die Schulsozialarbeit in guten Händen sei.

PV Eich ergänzt, dass vor 14 Tagen ein gemeinsames Gespräch mit den Schulleitungen, Frau Zumdick und Herrn Ruhose sowie der Verwaltung stattgefunden habe. Als Ergebnis sei festzuhalten, die Schulleitungen sind mit der Arbeit der Schulsozialarbeit sehr zufrieden. Die zurzeit gewährten wöchentlichen Stunden seien ausreichend. Für Gespräche außerhalb der Schulzeit stehe Frau Zumdick im Jugendbegegnungszentrum nach Terminvereinbarung zur Verfügung.

AM Mäcker dankt Herrn Ruhose und fragt an, wie die Kontaktaufnahme erfolge.

Herr Ruhose erläutert, dass Frau Zumdick an festen Terminen in den einzelnen Schulen sei. Man habe festgestellt, dass dieses ein sinnvoller Weg sei.

AM Mäcker möchte wissen, ob es aus den Ortsteilen auch Anfragen gebe und ob diese dann telefonisch erfolgen würden.

Herr Ruhose antwortet, dass die Kontaktaufnahme verstärkt telefonisch erfolge. Frau Zumdick hat sich sowohl in den Schulen als auch schriftlich vorgestellt und somit würde ihre Funktion wahrgenommen. Termine bietet sie nach Absprache in der Schule, aber auch nachmittags im Jugendbegegnungszentrum an. Herr Ruhose stellt fest, dass wir großes Glück haben, dass die Arbeitskraft von Frau Zumdick sowohl in der Schulsozialarbeit als auch im Jugendbegegnungszentrum sehr gut miteinander vernetzt sei.

SB Lindenblatt fragt, wie viel denn geleistet werden könne.

Herr Ruhose erwidert, dass genug Zeit sei und zum Beispiel auch noch Doppelstunden im Bereich „Soziales Lernen“ angeboten werden können.

SB Lindenblatt fragt an, ob denn für die Außenstellen z.B. für die Grundschule in Verne auch noch Zeit und Möglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

Herr Ruhose sagt, das würde die Schulsozialarbeit ja so spannend machen. Er stellt fest, dass wir tolle Schüler und Schülerinnen haben.

AM Hundt äußert, dass ca. 1000 Grundschüler an den Schulen in Salzkotten beschult werden. 14 Zeitstunden können da nicht ausreichen. Sie fragt an, wie man das hinbekomme, wenn man die Richtlinien für Schulsozialarbeit beachten würde. Sie merkt an, die Präsenz in der Schule solle dauerhaft gewährleistet sein. Es müsse ausreichend Zeit für Gruppenarbeiten, Krisengespräche über längere Zeit vorhanden sein. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen glaube nicht, dass es ausreiche und die Schulsozialarbeit im Sinne der Richtlinien geleistet werden könne. In diesem Zusammenhang führt sie aus, dass die Stadt Delbrück jeweils 6 Stunden Schulsozialarbeit an jeder der 6 Schulen bereitstellen würde. Sie fragt an, warum Delbrück es hinbekomme und Salzkotten nicht. In Salzkotten falle viel unter dem Tisch.

PV Eich antwortet, dass die Reflektion der Grundschulleitungen in Salzkotten eine andere sei. Deutlich wurde gesagt, dass die Stundenzahl ausreiche. Schließlich habe man als Backup immer das Jugendbegegnungszentrum.

AM Hundt sagt, dass es für Salzkotten nicht in Ordnung sein könne und TOP 4 weiter diskutiert werden müsse.

AM Spranke fragt, wie vorgegangen würde, wenn Frau Zumdick an ihre Grenzen stoßen würde.

Herr Ruhose erläutert, dass Frau Zumdick für solche Fälle vermittelt und entsprechend im Netzwerk Kontakt herstellen würde. Schließlich müsse man das Rad nicht neu erfinden und könne auf das kreisweite Netzwerk zurückgreifen. Sie besuche auch Fortbildungen und nehme an Arbeitsgemeinschaften teil.

AM Flottmeier sagt, er freue sich, dass in den Grundschulen präventiv gearbeitet würde. Er habe gehört, dass nur eingegriffen würde, wenn das Haus bereits brennt. Er stellt fest, dass diese Aussage so nicht zutreffend sei.

Stellv. AM Weitkamp merkt an, er hätte die Tischvorlage lieber vor dem Termin zur Verfügung gestellt bekommen, um sich entsprechend vorbereiten zu können. Heute in der Sitzung sei er von einer Seite zur anderen gesprungen. Eine Diskussion sei leichter zu führen, wenn man sich darauf vorbereiten könne. In der Tagesordnung steht „Evaluation“. Darunter habe er sich mehr vorgestellt. Er zweifle stark an, dass annähernd von einer Bedarfsdeckung gesprochen werden könne. In der Schulsozialarbeit solle bedarfsorientiert gehandelt werden. Er fragt, wie in spontanen Bedarfsfällen reagiert würde und ob ähnliche Verhältnisse in der Kernstadt und den Ortsteilen vorlägen. Im Schnitt gebe es weniger als eine Kontaktaufnahme im Monat. Er habe den Eindruck, es würde

Feuerwehr gespielt. Hier müsse ein professionelles Team eingesetzt werden. Es sei noch deutlich Luft nach oben.

AV Menke erteilt Herrn Ruhose das Wort.

Herr Ruhose führt aus, dass Frau Zumdick direkten Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern habe. Sie zeige Präsenz auf dem Schulhof. Der Kontakt sei deutlich höher. Zurzeit befände man sich noch in der Erprobungsstufe und müsse sich bedarfsorientiert weiterentwickeln.

AM Spranke möchte wissen, wer die Kosten trage.

PV Eich erklärt, dass die Kosten die Stadt tragen würde. Es können keine entsprechenden Lehrerstellen seitens der Grundschulen freigemacht werden und somit keine Fördergelder beantragt werden.

AV Menke sagt, es sei gut, dass die Verwaltung die Entscheidung getroffen habe, auch ohne die Möglichkeit auf Zuschüsse, die Schulsozialarbeit aufzubauen.

AM Hundt äußert, es sei wichtig, dass Schulsozialarbeit an jedem Schulstandort stattfinde und das an jedem Tag.

Herr Ruhose führt aus, dass Schulsozialarbeit nicht täglich an jeden Standort stattfinde aber wöchentlich.

AM Hundt sagt, es sei nicht möglich ein Vertrauensverhältnis zu den Schülerinnen und Schülern aufzubauen, wenn man nicht täglich vor Ort sei. Man spiele nur Feuerwehr. Es sei nicht möglich neue Projekte zu starten, so wie die Fachverbände es vorsehen würden.

Stellv. AM Weitkamp dankt dem Team für die geleistete Arbeit.

AM Flottmeier stellt fest, dass die Kontaktaufnahme relativ gering sei und merkt an, dies könne an der Altersgruppe 6 bis 10 Jahre liegen. In schwerwiegenden Fällen finde die Kontaktaufnahme über Lehrer und Eltern statt. Man könne keine Vergleiche zum Beispiel zu Abiturienten stellen.

AM Weidlich sagt, sie sei selbst vor Ort in der Grundschule gewesen und habe das Gespräch mit der Schulleitung Frau Leutnant gesucht. Frau Leutnant habe ihr bestätigt, sie sei zufrieden mit der Schulsozialarbeit. Wenn es Auffälligkeiten gebe, würden diese immer in der OGS-Betreuungszeit anfallen.

AM Stein bedankt sich für die geleistete Arbeit. Er stellt fest, dass diese Diskussion schon viele Male geführt wurde. Wir müssen die Schulsozialarbeit weiterentwickeln und dieses hoffentlich schneller. Fakt sei, die Schulsozialarbeit könne nur nach Absprache stattfinden. Es können keine zusätzlichen Projekte durchgeführt werden. Er möchte wissen, wie viele Stunden die Schulsozialarbeit mit Verknüpfung zum Jugendbegegnungszentrum habe.

Herr Ruhose antwortet, hierzu könne er keine konkrete Aussage machen. Sie sei sicherlich deutlich höher.

AM Krause erläutert, dass der Jahresbericht und die Aussage der Schulleitungen verdeutlichen, dass der Bedarf gedeckt sei. Man könne immer mehr machen. Wenn der Bedarf steige, dann müsse man schauen, ob eventuell Lehrerstellen zur Verfügung gestellt werden können. Im nächsten Jahr wird es einen neuen Jahresbericht geben und man könne dann Gespräche führen, ob und welche Möglichkeiten vorhanden seien.

Stellv. AM Kesternich richtet sich an PV Eich. Sie fragt, wo das Limit für das Förderprogramm sei und ob es einen Zusammenhang zwischen Fördermöglichkeit, Anzahl Lehrkräfte und Schülerinnen und Schülern gebe.

PV Eich antwortet, es müssen weniger als 100% Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Nur wenn weniger Lehrer da seien, als benötigt würden, könne man Mittel für Schulsozialarbeit beantragen.

Stellv. AM Keuper sagt, wir führen hier eine Diskussion als sei an unseren Schulen nicht alles in Ordnung. Unsere Schulen seien gut besetzt, gut ausgestattet, es werde gute Arbeit geleistet, es gebe freiwillige Leistungen der Kommune und eine tolle Arbeit im Jugendbegegnungszentrum. Sie fragt, was uns so antriebe, so tun zu müssen als sei die Welt nicht in Ordnung. Es stimme so vieles nicht, was erzählt würde. Es laufe alles normal und funktioniere gut. Es gebe keine Warteliste. Hilfe sei da, wenn sie benötigt wird, bevor sich eine Katastrophe entwickle. Niemand wird allein gelassen. Es müsse nicht allen Menschen zwingend geholfen werden. Die Statistik treffe hier überhaupt nicht zu. Wenn dann müsse diese in anderen Bereichen ebenfalls zutreffen, wie bei der Kriminalität oder Gewerbesteuer. Flexibilität sei vorhanden, es laufe gut. Sie bedankt sich für die geleistete Arbeit und bittet darum, so weiterzumachen.

AM Spranke erklärt, dass stellv. AM Keuper mit ihrer Wortmeldung alles vorweggenommen habe. Genauso würde er es auch sagen. Lehrer seien auch in der Lage Dinge zu regeln. Es gebe eine Anlaufstelle und man sei zufrieden.

AM Rupprecht führt aus, er sei verärgert über die Diskussion und die Aussagen. Positive Aussagen der Verwaltung und der Schulleitung würden ignoriert. Wenn stellv. AM Weitkamp eine Meinung habe und die Aussagen ignoriere, dann solle er doch selbst hingehen und fragen, wie es laufe. Wie AM Krause bereits erläutert habe, könne man einen Bericht erhalten und dann entsprechend reagieren. Das sei doch klasse.

SB Scherf sagt, das Jugendbegegnungszentrum leiste gute Arbeit. Er möchte wissen, ob anhand einer Beispielswoche die Verteilung der Stunden aufgezeigt werden könne, wann Frau Zumdick wo sei und warum in Verlar eine feste Veranstaltung stattfindet und in anderen Ortsteilen nicht.

AV Menke antwortet, dass der Jahresbericht unter Punkt 5 diese Frage beantworten würde.

Herr Ruhose erläutert, dass die Projektarbeit auf Anfrage der Schule stattfindet.

SB Scherf führt aus, dass keine Stundenverteilung aufgelistet sei und diese Darstellung nicht ausreiche.

AV Menke erwidert, es könne kein wöchentlicher Bericht gegeben werden.

Stellv. AM Keuper merkt an, dass vor lauter Dokumentation keine Arbeit mehr stattfinden könne. Von der Dokumentation würde es nicht besser.

AV Menke bittet die Ausschussmitglieder keine Zwischenrufe zu tätigen.

AM Flottmeier sagt, dass allgemein bekannt sei, dass der Top 2 auf der Tagesordnung stehen würde. Wenn man unsicher sei, solle man einfach mal anrufen und fragen. Es wird eine Anfrage formuliert und auf die Tagesordnung gesetzt. Ob eine Anfrage notwendig sei oder nicht, entscheide jede Fraktion für sich selber. Es sei keine verschwendete Zeit.

Stellv. AM Kesternich erwidert AM Flottmeier, dass es gut sei, dass jede Fraktion für sich entscheiden könne, welche Anfrage gestellt würde. Sie stelle den Antrag, dass so eine Dokumentation nicht stattfindet.

SB Stein merkt an, es sei ein sehr emotionales Thema. Alle seien sich einig, dass gute Arbeit geleistet würde. Die Diskussion drifte ab, man solle es beenden.

AM Rupprecht erweitert den Antrag von stellv. AM Kesternich wie folgt: es solle einen jährlichen Bericht wie in diesem Jahr zur Schulsozialarbeit geben und dieser sei ausreichend.

Auf die Dokumentation der genauen Stundenauflistung soll verzichtet werden.
Ein Bericht zum Sachstand Schulsozialarbeit analog 2019 soll jährlich von der Verwaltung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 2

AV Menke dankt dem Ausschuss für die lebhafte Diskussion.

Zu TOP: 3 Anfrage der Fraktion "Die Linke" zum digitalen Lernen und Digitalpaket

AV Menke führt aus, dass er sich sehr freue, wenn Anträge eingehen, die bereits genau vor einem Jahr im Ausschuss thematisiert wurden.

Stellv. AM Weitkamp erklärt, man müsse den Antrag sinnvoll lesen und erfassen. Er verstehe die Institutionen nicht. Die Aussagen seien von Lehrern gemacht worden. Hier ginge es um einen Bericht über den im März abgeschlossenen digitalen Pakt, über die Verteilung der Schlüssel. In wie weit seien Verträge „Mobilfunk“ geschlossen worden. Es gebe ein Gerichtsurteil, dass diese technischen Mittel als Lehrmittel gelten. Die Finanzierung sei für einen Teil der Eltern ein wichtiger Gesichtspunkt. Medien seien eine wichtige Ausstattung, Technik alleine reiche aber nicht aus. Er fragt, ob es ein Konzept gebe, dass die pädagogische Ausrichtung deutlich mache. Der Antrag sei nicht aus der Luft gegriffen. Die Stadt Paderborn habe ein solches Konzept.

AV Menke antwortet, dass das Konzept Aufgabe der Schule sei. Zum Digitalpaket bittet er PV Eich um Stellungnahme.

PV Eich führt aus, dass das pädagogische Konzept vor einem Jahr von Herrn Klinge vorgestellt wurde, inkl. der anfallenden Kosten in den drei Jahren. Die Anschaffung der I-Pads sei Sache der Schule, genauso als würde die Anschaffung eines Taschenrechners beschlossen. Es gebe Möglichkeiten die Finanzierung über Bildung und Teilhabe zu bewerkstelligen. Siehe die Niederschrift der Sitzung vom 26.06.2018, Top 3. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erklärt PV Eich, dass

die Verwaltung im Mai über den Digitalpakt informiert worden sei. Die Präsentation lege der Niederschrift bei. Eine Umsetzung könne erst erfolgen, wenn alle Länder den Förderrichtlinien zustimmen.

Stellv. AM Keuper sagt, dass wir nur unterstützen können. Man sei ja nicht das Kultusministerium. Es gebe Dinge, die habe ein Schulträger nicht zu entscheiden. Es gehe nicht um die Frage, ob etwas modern sei. Früher hätte man sich in die Diskussion, welche Landkarten eine Schule anschaffe, auch nicht eingemischt. Wir müssen Geld zur Verfügung stellen. Wir können keine Aufgaben des Kultusministeriums übernehmen. Anträge sollten sich auf kommunalpolitische Themen beziehen und nicht auf Bildungspolitik. Wir statten die Schulen aus, damit gute Arbeit geleistet werden könne.

Stellv. AM Weitkamp führt aus, dass wir durchaus die Möglichkeit hätten aktuelle Bildungspolitik zu diskutieren. Es sei eine relevante Fragestellung, Ansätze seien da, das habe man gehört. Es sei nicht richtig, dass der Antrag von der CDU-Fraktion so abgewertet würde.

AM Stein führt aus, es sei nicht mehr zeitgemäß auf den Einsatz digitaler Technik zu verzichten.

AV Menke weist den Ausschuss darauf hin, dass er keine Wortmeldungen erteilt habe. Diskutieren könne man draußen.

Stellv. AM Kesternich erklärt, es sei die ureigene Aufgabe als Schulträger sich darum zu kümmern, dass Räume, die technische Ausstattung, Mobiliar vorhanden seien. Alles andere sei nicht Aufgabe des Schulträgers. Es gehöre nicht in diesen Ausschuss. Man solle dieses doch zur Kenntnis nehmen.

AM Spranke sagt, man solle endlich mal zur Kenntnis nehmen, welche Aufgaben der Ausschuss hat und welche das Land und die Schule.

Stellv. AM Weitkamp merkt an, er verstehe die Position der FDP, da diese mit großen Konzernen liebäugle. Es habe sich rumgesprochen, dass man lieber mit eigenen Servern arbeiten solle, und dieses müsse auf den Weg gebracht werden.

AM Hundt sagt, sie könne nicht nachvollziehen, warum man über solche Dinge nicht mal diskutieren könne. Das Medienkonzept müsse hier nicht vorgestellt werden. Man müsse Anteil an der Entwicklung der Schule nehmen.

SB Scherf führt an, das Wissen müsse vermittelt werden. Er hätte einen Fachbericht durchgearbeitet. Die Clouds für Schulen dürfen nicht von großen Firmen genutzt werden. In der Datenschutzgrundverordnung stehe drin, dass die Schuldaten nicht außerhalb genutzt werden dürfen. In dem Artikel würde es gut erklärt und begründet. Die jetzige Vorgehensweise sei ok.

PV Eich ergänzt, dass bereits in den Ausschüssen zur Vorbereitung des Haushalts auf die Ausstattung der Oberstufe eingegangen worden sei. Die Ausstattung der Oberstufe hat eine Außenwirkung. Als Schulträger haben wir nur die Aufgabe die Medien bereitzustellen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, beendet AV Menke den Tagesordnungspunkt.

Zu TOP: 4 **Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zum Sachstand Schulsozialarbeit an Grundschulen**

Dieser Tagungsordnungspunkt wurde mit dem Tagesordnungspunkt 2 zusammengelegt.

Zu TOP: 5 **Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zum Sachstand "Netzwerk Integration"**

AV Menke bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Erläuterung des Antrags.

AM Hundt sagt, bereits im November 2018 sei das Netzwerk Integration vorgestellt worden. Nun sei ein halbes Jahr vergangen. Sie möchte wissen, wie weit man in dieser Zeit gekommen sei.

AV Menke erteilt Herrn Siemens vom Caritas Verband das Wort.

Mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation berichtet Herr Siemens über den aktuellen Sachstand „Netzwerk Integration“. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

AV Menke bedankt sich für die Ausführungen bei Herrn Siemens. Er stellt fest, dass es sich um einen großen Aufgabenbereich handele.

AM Hundt fragt nach, in wie weit sich Haus Hentzen in der Umbauphase befinde.

Herr Siemens erwidert, Haus Hentzen befinde sich zurzeit in einer Umgestaltungsphase.

AM Hundt teilt mit, sie seien akut im Gespräch anlässlich der durchgeführten Besichtigung. Wichtig sei es, die Bewohner mit ins Boot zu holen.

Herr Siemens äußert, es sei Ziel, dass die Bewohner bei der Umgestaltung einbezogen würden. Die Einrichtung eines Kickerraumes und eines großen Lounge-Bereiches sei bereits abgeschlossen.

Zunächst müsse erstmal Vertrauen aufgebaut werden. Da die Bewohner viel unterwegs seien und nur ca. 10 – 20 % der Bewohner keiner Beschäftigung nachgehen würden, seien die Bewohner nicht darauf angewiesen, sich ganztägig im Haus aufzuhalten. Die Umgestaltungsmaßnahmen seien eine Leistung der Stadt um die Attraktivität zu steigern.

Stellv. AV Weißenborn bittet Herrn Siemens kurz zwei Sätze zu Monolith und dem neu gegründeten Kulturverein zu sagen.

Herr Siemens erklärt, dass im Projekt PaMigEl von Monolith wöchentliche Eltern-Kind-Gruppen stattfinden würden. Zusätzlich würden 4 Seminare angeboten (Juli und Oktober) zur Thematik Erziehungsmethoden, Übergang in den Kindergarten, Übergang in die Grundschule und Übergang auf die weiterführende Schule. Des Weiteren sagt er, dass der Kulturverein gegründet worden, da Migranten über Themen wie Erziehung und Schule ins Gespräch gekommen seien.

Stellv. AV Weißenborn fragt, wer denn hinter dem Kulturverein stehen würde.

Herr Siemens führt aus, dass der Kulturverein von muslimischen Bürgern in Salzkotten vor einem Monat gegründet worden sei. Alle muslimischen Menschen haben Zugang zum Verein. Im Vordergrund stehen die Bemühungen Kontakte untereinander herzustellen. Viel könne er nicht zum Kulturverein sagen, da dieser sich noch in der Anfangsphase befände.

AM Hundt bittet darum, dass die Zusatzfragen beantwortet würden. Gebe es neue Angebote im Bereich Sport und Kultur? Das Netzwerk sei noch nicht genug ausgebaut. Der Stadtverband sei noch nicht mit im Boot.

AV Menke erinnert an die Kids-Sport-Challenge. Hier wurde gemeinsam mit der Verwaltung, dem Stadtverband und dem Kreissportbund eine gute Veranstaltung organisiert und durchgeführt. Eine Statistik, in wie weit die Angebote angenommen würden gebe es nicht.

Herr Siemens weist darauf hin, dass die Verwaltung dabei sei einen Flyer zu erstellen, der die Angebote der Sportvereine aufzeige. Die Verwaltung habe noch nicht alle Rückmeldungen der Vereine. Es gebe keine Statistik hierüber, wer diese Angebote wahrnimmt. Die Angebote seien zuvor bei den Sportvereinen abgefragt worden.

AM Spranke merkt an, dass Integration ohne Sport überhaupt nicht möglich sei. Man solle sich die Trainingseinheiten einmal anschauen, dann würde man sehen, was da geleistet würde. Da würde nicht geredet, sondern einfach gemacht.

AM Weidlich führt aus, dass man in Scharmede sehr dankbar sei. Es sei immer ein Ansprechpartner da, man werde gut informiert unter anderem auch über Herrn Hatrup. So würden die Angebote aus der Stadt auch ins Dorf gebracht.

SB Scherf sagt, er hätte gehofft einmal Beispiele im Bereich der Kinder zu erhalten, wie und wo sich das Ehrenamt engagiere. Er möchte wissen, ob es noch einzelne Bereiche gebe, wo der Bedarf nicht abgedeckt sei zum Beispiel Taschengeldbörse.

Stellv. AM Keuper erwidert, Ehrenamt sei freiwillig.

AM Hundt sei es wichtig zu erfahren, ob die Angebote angenommen würden, damit man weitere Wege fände, die Flüchtlinge anzusprechen. Sie fragt an, wie viele Flüchtlinge noch von Ehrenamtlichen betreut würden und wie sehe die Wohnraumversorgung aus.

FBL Meschede erklärt, es gebe keine Statistik wie viele Flüchtlinge sich ehrenamtlich engagieren. Die Verwaltung habe bereits einige von ihr angemietete Objekte aufgeben können. Der Wohnungsmarkt sei immer in Bewegung.

AM Hundt sagt, dann gebe es keine Engpässe.

Herr Siemens merkt an, man solle bzgl. der Wohnraumsituation die Augen nicht komplett verschließen. Jeder in Salzkotten könne eine Wohnung mieten, auch diejenigen, die nicht anerkannt seien. Man solle mal schauen, wie die Situation in anderen Kommunen sei.

AM Rupprecht sagt, das sei Integration, wenn man Flüchtlinge so unterstützt.

AM Krause führt aus, dass nun nicht länger diskutiert werden solle. Im Sport wird es einfach gemacht. Das ist Integration. Mittlerweile bilde der Kreissportbund über 50 Übungsleiter mit Migrationshintergrund aus. Ehrenamtliche haben keine Lust und Zeit für Dokumentationen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, beendet AV Menke den Tagesordnungspunkt.

Zu TOP: 6

Antrag der "CDU Fraktion" auf einen Sachstandsbericht der offenen Ganztagschule bzw. betreuten Grundschule einschließlich notwendiger Maßnahmen außerhalb der Grundschule Salzkotten

AV Menke erteilt AM Mäcker das Wort.

AM Mäcker führt aus, die CDU Fraktion habe den Antrag auf einen Sachstandsbericht zu den offenen Ganztagsgrundschulen bzw. betreuten Grundschulen gestellt, da die hohe Belastung der Betreuungsvereine im letzten Ausschuss diskutiert wurde. Die Fraktion möchte wissen, wie die notwendigen Maßnahmen aussehen, die zu einer Entlastung führen könnten. Die Fraktion möchte weiter an dieser Thematik arbeiten und bittet die Verwaltung darüber hinaus einen Standortbericht zu erstellen, der die jeweilige Situation der einzelnen Betreuungsmaßnahmen aufzeigen würde, welcher in der nächsten Sitzung vorgestellt werden solle.

Stellv. AV Weißenborn antwortet, dass alle Fraktionen erstaunt seien, dass die CDU Fraktion diesen Antrag gestellt habe. Der Antrag gebe fast wörtlich den bereits zur vorausgegangenen Sitzung gestellten Antrag der SPD Fraktion und den erweiterten Antrag der Fraktion Die Linke wieder. Letztendlich gehe es nur darum zu zeigen, dass die CDU Fraktion nun ebenfalls die Situation der OGSSen erkannt habe. Die Fragen seien bereits alle beantwortet. Die Verwaltung habe bereits gemeinsam mit den Trägern der Betreuungsmaßnahmen einen Qualitätsentwicklungsprozess auf den Weg gebracht.

AM Mäcker erwidert, in der letzten Sitzung sei deutlich geworden, wie belastet die Vorstände seien. Man müsse sich die Fragen stellen, ob und wie lange diese Arbeit noch geleistet werden könne. Der Antrag sei kein Widerspruch. Man müsse sich intensiver mit der Situation beschäftigen. Das sei ja nichts Schlechtes.

AM Flottmeier sagt, er könne sich gut erinnern, dass deutlich wurde, dass ein differenzierter Sachvorstand vorlege und so diese Geschichte noch einmal aufgegriffen werden müsse. Es gehe darum, die Bedarfe der ehrenamtlichen Vorstände zu ermitteln und zu klären, wie mit solchen Formulierung „die Vorstände würden in die Aufgabe hineingedrückt“ umzugehen sei.

Stellv. AM Weitkamp führt aus, dass am 08.07.2019 ein Gespräch der Vorstände der Betreuungsvereine und der Verwaltung stattfinde und die Mitglieder des Ausschuss ebenfalls daran teilnehmen können. Er stelle fest, dass Angebot und Nachfrage nur temporär geleistet werden könne. Er bittet darum, dass der Sachstandsbericht in folgenden Punkten erweitert würde:

- Kompetenzen des Personals einschließlich Qualifikation
- Qualifizierungsangebote
- Beteiligung/Mitwirkung der Lehrer

AM Hundt merkt an, sie habe nicht verstanden, warum die CDU Fraktion diesen Antrag gestellt habe. Am 08.07.2019 fände noch ein Gespräch mit den Vorständen statt. Man solle doch abwarten, wie die Ergebnisse seien. Warum sei die Anfrage vor diesem Gespräch gestellt worden. Der Antrag sei zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig. Erst solle man das Gespräch führen.

SB Scherf erwidert, er könne sich der Aussage von AM Hundt anschließen. Er begrüße die Erkenntnis der CDU Fraktion, dass diese verstanden habe, dass es Probleme gebe. Dennoch sei der Antrag nicht richtig begründet.

PV Eich erläutert, in den Kooperationsvereinbarungen sei alles geregelt, wofür die Verwaltung zuständig sei. Alles andere seien innere Schulangelegenheiten. Ein Teil der Vorstände habe zu diesem Gespräch eingeladen. Die VHS und auch der Betreuungsverein der BGS Verne habe nicht zu diesem Runden Tisch eingeladen. Die Ausarbeitungen der Anforderung an einem Bericht, wie die Fraktion Die Linke wünscht, seien umfangreicher als eine Masterarbeit. Ein solcher Sachstandsbericht sei bis zum 01.10.2019 nicht möglich, zumal dieser in großen Teilbereichen nicht von der Verwaltung gegeben werden könne, sondern von den Schulen und den Betreuungsvereinen.

AM Spranke merkt an, es sei notwendig alle Beteiligten an einen Tisch zu holen.

SB Antolino ergänzt, man solle zunächst den 08.07.2019 abwarten und dann weitere Maßnahmen besprechen.

AM Mäcker sagt, da nicht alle Träger der Betreuungsmaßnahmen am Termin teilnehmen, was dann mit den anderen sei, sei nicht bekannt. Ansprechpartner für den Ausschuss sei die Stadt. Er möchte in der nächsten Sitzung einen Bericht zum Sachstand. Zudem hätte jede Fraktion das Recht Anträge zu stellen.

AM Flottmeier führt aus, dass es doch so sei, dass der Ausschuss die Möglichkeit habe, einen Antrag an die Verwaltung zu stellen. Wenn nochmals gezeigt würde, dass man sich mit dem Thema beschäftige und etwas mehr Fleisch haben wolle, sei das keine Taktik. Das wolle man sich nicht vorwerfen lassen. Das sei schon eigenartig.

AM Stein äußert, es sei bei der Diskussion nicht um das Thema gegangen sondern ums Ehrenamt. Er freue sich auf das Treffen. Er könne nicht verstehen, warum von der Verwaltung mehr eingefordert würde. Die Verwaltung hat alles berichtet und er gehe davon aus, dass diese nichts verheimlicht habe. Es gehe um Fördergelder vom Land. Im Antrag gehe es um die räumliche und pädagogische Ausrichtung. Da müsse man die Träger und Schulen zu Wort kommen lassen.

AM Weidlich fragt an, ob denn alle zum runden Tisch eingeladen seien.

Stellv. AM Weitkamp äußert, er würde bewusst zum inhaltlichen in dieser Situation nichts mehr sagen und verweist auf die nächste Sitzung. Zunächst solle man den Termin am 08.07.2019 abwarten.

AM Hundt sagt, dass der Ergänzungsantrag nicht beantwortet worden sei. Die Fraktion Die Linke habe Aussagen zu Qualifikationen gefordert. Ebenfalls die Fragen der SPD Fraktion seien in der letzten Sitzung nicht zufriedenstellend beantwortet worden. In ca. einem Monat werden Gespräche innerhalb der Fraktion geführt und man schaue dann wie weiter vorgegangen würde. Ziel sei es, für die Zukunft ein erfolgreiches Konzept zu haben.

AM Spranke führt aus, man wisse nicht wie die OGSSen sich die nächsten Jahre vorstellen. Eine Zukunftsperspektive müsse gegeben werden.

AM Flottmeier merkt an, dass man mit dem Antrag auf differenzierte Betrachtung Recht gehabt habe. Man solle den Anhang lesen. Es gehe um den Einsatz von bezahlten Personal und Ehrenamt.

AM Stein sagt, die Verwaltung könne nichts über das Personal sagen. Da der Termin am 08.07.2019 im Heimathaus in Thüle stattfände, können alle kommen. Es müsse ein gemeinsamer Weg mit den OGSSen gefunden werden.

AV Menke beendet die Diskussion und stellt fest, Reibung erzeugt Wärme. Er stellt den Antrag der CDU Fraktion zur Abstimmung.

Stellv. AM Weitkamp weist daraufhin, dass sein Ergänzungsantrag weitergehend sei und zunächst über diesen abgestimmt werden müsse.

AV Menke lässt über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Sachstandsbericht zu den Betreuten Grundschulen und den Offenen Ganztagsschulen inkl. Angaben der pädagogischen Fachausbildung sowie der Beschäftigungsverhältnisse der eingesetzten Mitarbeiter in den Betreuungsvereinen zu geben.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 10
Enthaltungen: 2

AV Menke lässt über den Antrag der CDU Fraktion wie folgt abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in regelmäßigen Abständen in einem Sachstandsbericht zur Offenen Ganztagsschule bzw. Betreuten Grundschule den Ausschuss über die aktuelle Situation zu informieren und darüber hinaus über notwendige Maßnahmen, die sich hieraus ergeben.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 2

Zu TOP: 7 Mitteilungen / Anfragen

Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, bedankt sich Norbert Menke für die Mitarbeit der Ausschussmitglieder und beendet die Sitzung um 20:52 Uhr.

Norbert Menke
Ausschussvorsitzender

Michaela Kieroth
Schriftführerin

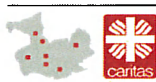
Niederschwellige Beratung / Sozialraumberatung Koordination und Vernetzung im Sozialraum im Kontext Alter und Pflege

2-Säulen-Konzept



Kreis
Paderborn

...nah bei den Menschen!



Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste im Kreis Paderborn

- komplementäre ambulante Dienste: unterstützende Hilfen im **vorflegerischen und pflegeergänzenden** Bereich z.B. EAR, hauswirtschaftliche Hilfen, Hausnotrufe...
- sie tragen zur selbständigen und selbstbestimmten Lebensführung bei und unterstützen einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit
- durch die Förderung des Landes von 1996 bis 2002 und durch die zusätzliche freiwillige Finanzierung des Kreises bis 2017 haben die Sozialstationen der Wohlfahrtsverbände eine gute komplementäre Versorgungsstruktur kreisweit aufgebaut
- gesetzliche Veränderungen (z.B. veränderte Leistungen der Pflegeversicherung...) und die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen haben zu einer konzeptionellen Neuausrichtung der Zusammenarbeit zw. Kreis und den beteiligten Wohlfahrtsverbänden geführt

**im Mittelpunkt: der ältere, hilfebedürftige Mensch
und seine Angehörigen**



Leitziel: ambulant vor stationär





2-Säulen-Konzept – besondere Aspekte:

- niederschwellige und pflegeergänzende Versorgungsstrukturen / Angebote werden ermittelt, weiterentwickelt und angepasst
- Schwerpunkt liegt bei Vernetzung und Einbindung von professionellen und ehrenamtlichen Strukturen, von Selbst- und Nachbarschaftshilfe
- Sozialraumorientierung: soziale Wirklichkeit und die Lebensverhältnisse der betroffenen Menschen - Schließen von Versorgungslücken vor Ort - Hilfestellung auf kurzen Wegen!
- klare Abgrenzung zur kreiseigenen Pflegeberatung und Wohnberatung sowie zu spezialisierter psychosozialer Beratung anderer Dienste
- 3 Stellen vom Kreis finanziert (1,3 VK für Netzwerkarbeit, 1,7 VK für niederschwellige Beratung) – Verteilung auf die Städte und Gemeinden:
Grundlage Anteil der ab 65-Jährigen
- Salzkotten: 0,16 VK für Koordination und Netzwerkarbeit
 0,21 VK für Sozialraumberatung



Ziele des 2 Säulen- Konzeptes

- Schaffung einer Angebotstransparenz
- Stärkung der Selbst- u. Nachbarschaftshilfe
- Vernetzen und Koordinieren vor Ort
- Unbürokratische und trägerunabhängige Beratung zum individuellen Hilfebedarf
- Steigerung der Lebensqualität der Menschen
- Weiterentwicklung und Ergänzung der Angebotsstruktur in Salzkotten

Säule 1-Koordination und Vernetzung

- Fachkräfte
- Vertreter der Kommunen
- lokale Leistungsanbieter von niederschwelligen, vorpflegerischen Angeboten
- Initiativen und Vereine
- Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe

Säule 2 - Sozialraumberatung

- ratsuchende ältere Menschen ab 65 Jahren
- pflegebedürftigen Menschen
- Menschen mit Behinderung
- Menschen mit Demenzerkrankung
- ratsuchende pflegende Angehörige und Interessierte



1. Säule:

Koordination und Vernetzung

- Aufgaben:
- Mitarbeit bei lokalen Konzepten
- Projektentwicklung und -begleitung
- Angebotstransparenz durch Datenpflege
- Koordination und Vernetzung von ehrenamtlichen o. bürgerschaftl. Engagement
- Aktivierung zur Nachbarschaftshilfe
- Durchführung u. Organisation von themenbezogenen Veranstaltungen



2. Säule:

Sozialraumberatung

- Aufgaben:
- lokales Angebot an Sprechzeiten, Telefon-, Onlineberatung
- Informationsvermittlung zu lokalen Angeboten
- Vermittlung zu alltagsunterstützenden Hilfen+ Koordination
- Zugangssteuerung zu „spezialisierte Beratung“
- Individuelle Bedarfsermittlung + Vermittlung von Entlastungsangeboten
- Begleitende Gespräche



2-Säulen-Konzept – Umsetzung

Projektdauer: 2018 bis 2022

1. Phase: 01.01.2018 bis 30.06.2018

2. Phase: 01.07.2018 bis 31.12.2022

Sozialräumliche Bestandsaufnahme:

- Fragebogen
- Datenbank
- Wegweiser
- Aufnahme ins Pflegeportal



- Etablierung des Konzeptes im Sozialraum: Kooperation und Vernetzung / Zugänglichkeit für Zielgruppen
- regelmäßige Sprechstunden und Bildung von Sozialraum- Tandems
- gemeinsames Kommunikationskonzept
- Öffentlichkeitsarbeit: – Flyer und Presseinformation z.B. zu Sprechzeiten vor Ort, zu gemeinsamen Veranstaltungen
- regelmäßige Aktualisierung der sozialräumlichen Bestandsaufnahme
- Qualitätssicherung durch Zielvereinbarungen , Qualitätsdialoge, Dokumentation und Evaluation



Kooperationsverbund Alter und Pflege (KoAP)

Gut informiert älter werden in Salzkotten:

- Sozialraumberatung zu Alltagshilfen und zum bürgerschaftlichen Engagement
- Pflegeberatung des Kreises Paderborn



Ziel:

- durch umfassende Informationen und eine individuell gewählte Versorgungsform soll ein möglichst langer Verbleib in der gewohnten Umgebung ermöglicht werden

Aufgaben:

- Beratung zu sozialen Leistungen bei Pflegebedürftigkeit und Aufzeigen von Finanzierungsmöglichkeiten
- Unterstützung bei der Antragsstellung
- Informationen zu den unterschiedlichen pflegerischen und alltagsunterstützenden Angeboten
- Koordination von Hilfen



Gut informiert älter werden in Lichtenau...

Sozialraumberatung

Stephanie Neumann



Sprechzeiten:

Donnerstag: 9.00 – 11.00

Ort:

Stadtverwaltung Salzkotten
Bürgerbüro

Tel.: 02951- 9870-0

E-Mail: koap-salzkotten@caritas-bueren.de



Pflegeberatung

Frank Ricke



Sprechzeiten:

jeden 1. Donnerstag im Monat:
10.30 bis 12.00

Ort:

Stadtverwaltung Salzkotten
Bürgerbüro

Tel.: 05251- 308 5071

E-Mail: rickef@kreis-paderborn.de



Gibt es Fragen?

Danke!





Digitales Lernen



SchuFaSo TOP 3 am 12.06.2019



Anfrage der Fraktion „Die Linke“

- Gesamtschule Oberstufe ist mit iPads ausgestattet
- Digitalpaket fördert Infrastruktur
- monatliche Miete = 18 € oder 21 € je nach Speichergröße

[Auszug Niederschrift vom 26.06.2018](#)

Mitteilung des Ministeriums für Schule und Bildung:

- Unterzeichnung Verwaltungsvereinbarung für den Digitalpakt Schule am 24.05.2019
- nach Unterschreibung aller Bundesländer kann der Digitalpakt umgesetzt werden
- bis 2024 erhält NRW aus dem Digitalpaket 1.054.338.000 €
- nach Ratifizierung sind die Bundesländer aufgefordert, mit Förderrichtlinien die Rahmenbedingungen festzulegen, auf deren Basis die Anträge eingereicht werden können
- Voraussetzung für die Förderung sind die Medienkonzepte der Schulen, die auf den bereits im Frühjahr vorgelegten Medienkompetenzrahmen NRW beruhen

SchuFaSo TOP 3 am 12.06.2019



Umsetzung Digitalpakt Schulen

- Einrichtung einer Unterstützungsstruktur für die Schulträger – in allen fünf Bezirksregierungen sind Geschäftsstellen von Gigabit
- zur Zeit 180 Medienberater/-innen im Einsatz als Ansprechpartner für die Schulen und Schulträger zur Schulentwicklung in der digitalen Welt tätig



Beratungsschwerpunkte

- Medienkonzeptentwicklung
- lernförderliche IT-Ausstattung und der Anwendung
- kommunale Medienentwicklungsplanung

Schrittweise wird für jede Schule in NRW ein Medienkoordinator qualifiziert, der dann als Motor für die digitale Bildung an den einzelnen Schulen wirkt.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Netzwerk Integration

SchuFaSo TOP 5 am 12.06.2019



Folgende Akteure wirken bei dem Netzwerk Integration mit.

- Fachbereich Bildung & Soziales
- VHS vor Ort
- Jugendbegegnungszentrum Simonschule
- Stadtbibliothek Salzkotten
- Caritasverband Büren (50% Flüchtlingsberatung und 50% Integrationsarbeit)
- AWO Migrationsdienst (Jugendmigrationsdienst und Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer) 2 Std./Woche, ab dem Sommer 4 Std./Woche
- Monolith e.V.
- (Ehrenamt)
- (Geflüchtete)



Integration gestalten

- ✓ Beratungsangebote im Fachbereich
- ✓ Neuankömmlinge werden persönlich direkt in den Unterkünften aufgesucht
- ✓ Regelmäßiges Aufsuchen der Unterkünfte durch den Hausmeister, den Sozialarbeiter und der Verwaltung
- ✓ Monatliche Hausversammlungen in der Geseker Str. 22



- ✓ Integrationsprojekt: Integration der Flüchtlinge durch aktive Teilnahme am kulturellen gesellschaftlichen Leben vor Ort in Salzkotten (Finanzierung durch den Diözesancaritasverband Paderborn)

Ramadaninformationsabend 04.05.2019
(unterstützt durch Stadt Salzkotten, Eringerfeld Schule, Pastoralverbund, DiCV)

Sommerfamilienfest Jube Simonschule 15.07.2019
(unterstützt durch Stadt Salzkotten, DiCV)

- ✓ Teilnahme Arbeitskreis Jugendhilfe (3-4 mal jährlich)
- ✓ Aktualisierung der Internetseite im Bezug auf Flüchtlingshilfe



Stadt Salzkotten

Fachbereich Bildung & Soziales

- ✓ Koordinierung VHS Sprachkurs A2; April – September 2019
- ✓ Vernetzung EHRENSache Salzkotten
- ✓ Umgestaltung der Ankommensstreiffpunkte in zwei Finanzierungsmaßnahmen
Mai - Juni 2019 und August – September 2019
- ✓ Einführungen in die Stadtbibliothek und das JUBE Simonschule
- ✓ Beratungsangebot Strom-Spar-Check InVia



Stadt Salzkotten

Fachbereich Bildung & Soziales

- ✓ drei Schulungen der Verbraucherzentrale NRW im Jahr 2019
 - Einheit Wohnung
 - Einheit Strom
 - Einheit Heizen
 - Einheit Handy
 - Einheit Verträge
 - Einheit Finanzen
- ✓ Projekt Turnen für Frauen durch Monolith e.V. in der Simonschule
- ✓ Projekt PaMigEl von Monolith e.V.
Neben Eltern-Kind-Gruppen, werden auch folgende Schulungen dieses Jahr angeboten (Erziehungsmethoden, Übergang in den Kindergarten, Übergang in die Grundschule und Übergang an die weiterführenden Schulen)
- ✓ Kids-Sports-Challenge 18.05.2019



Stadt Salzkotten

Fachbereich Bildung & Soziales

- ✓ Aktion „Schöne Bescherung“
- ✓ Wöchentliche Teamgespräche Integration
- ✓ Netzwerk Integration 3-4mal im Jahr
- ✓ Runder Tisch Ehrenamt 2-3mal im Jahr
- ✓ Angestrebte Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Kulturverein



Stadt Salzkotten

Fachbereich Bildung & Soziales

- ✓ AWO Antidiskriminierungsstelle/ Politische Bildung
- ✓ Teilnahme an unterschiedlichen Veranstaltungen und Arbeitskreisen des Kommunalen Integrationszentrum, Flüchtlingsberatung, Migrationsberatung, und weiteren



Stadt Salzkotten



Fachbereich Bildung & Soziales

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

SchuFaSo TOP 5 am 12.06.2019